Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.56 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 181. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 5. August 1933. | 15. Jahrgang.

Ein Glück, das dich demütig gemacht,
Ein Glück, das zum Gott Loben dein Herz gebracht,
Das ist Gold aus dem Himmelsschacht.

M. Feesche.

„Nach London".

Wie urteilt Mussolini über Konferenzen?

In einem über Europa und die Vereinigten Staaten verbreiteten Artikel mit der Ueberschrift „Nach London" schreibt Benito Mussolini das Folgende:

„Die Londoner Konferenz, auf die so viele Hoffnungen gesetzt waren, ist erledigt. Ich meinerseits glaube, daß mit dieser Londoner Konferenz das ganze System von Konferenzen sein Ende erreicht hat. Es stimmt nicht, wenn man behauptet, dieses System sei erst in der Nachkriegszeit entstanden. Auch vorher gab es denkwürdige und langdauernde Konferenzen, die sehr wichtige Probleme Europas und der Welt diskutierten Aber solche Konferenzen waren selten. Sie wurden auf dem normalen, diplomatischen Weg aufs sorgfältigste vorbereitet, beschränkten sich auf eine einzelne Frage, wollten nicht dem ganzen Weltall zu Leibe gehen und waren auch zahlenmäßig auf die Länder begrenzt, die direkt an der Sache interessiert waren. Die heutige Methode dagegen ist völlig verfehlt. Die Konferenzen werden nicht vorbereitet; die Londoner war es am allerwenigsten. Mit der Teilnahme von vielen Dutzenden von Ländern wird die Konferenz gezwungenermaßen zu einem Parlament mit all seinen bekannten und beklagenswerten Uebelständen. Wie konnte man sich nur Illusionen machen über die Resultate einer Konferenz, bei der zweitausend Delegierte von mehr als 60 Ländern zugegen waren? Das ist die ewige Fiktion oder konventionelle Lüge, der zufolge man Weihrauch streuen soll jener demokratischen Gleichmacherei, die in der Natur nicht existiert und auch in der Geschichte nie existiert hat. Statt Dutzende von Ländern zusammenzurufen, die aus naheliegenden Gründen auf den Verlauf des Weltgeschehens wahrhaftig keinen großen Einfluß auszuüben vermögen, wäre es besser gewesen, die Länder zu berufen, die Weltinteressen haben; deren Zahl erreicht noch nicht ein Dutzend. Wenn diese Länder unter sich einig geworden wären, dann wäre mindestens drei Vierteln der ganzen Erdbevölkerung Wirtschaftsfrieden geschenkt worden. Solch Ereignis hätte den besten Widerhall gefunden auch bei den kleineren Ländern. Damit will ich die Bedeutung dieser letzteren weder ignorieren noch schmälern. Ich sage: Auch sie haben legitime Interessen, aber diese sind begrenzt und können nur dann geschützt werden, wenn die großen Staaten, die größere Verantwortung tragen und größere Einwohnerzahl haben, unter sich einig sind.

Außerdem sind Konferenzen zum Scheitern verurteilt, wenn zu der Gefahr, die in der übermäßigen Zahl von Delegierten liegt, noch die Unsicherheit in der Tagesordnung hinzukommt Dann entgleiten die Konferenzen ins rein Akademische. Das ist in London geschehen, wo die ganze Haltlosigkeit des Arbeitens nach all den schönen Hoffnungen und trotz zähester Bemühungen MacDonalds ein allgemeines Gefühl der Langeweile hervorgerufen hat. Ferner ist zu erwägen, daß solche Konferenzen nie dazu kommen, präzise Verantwortlichkeiten festzulegen. Da sind keine Männer, die Beschlüsse fassen, sondern Männer, die reden, diskutieren und dann ihren Regierungen Bericht erstatten. Das ist der Grund, weswegen man nicht zu Beschlüssen, sondern nur zu „Empfehlungen" kommt. Und mit diesen hat's ja Zeit. Zwei Konferenzen liegen jetzt im Todeskampf, und mir fehlt die Prophetengabe, um vorauszusehen, durch was für ein Wunder sie wieder zum Leben erweckt werden könnten: London und Genf. Das sind zwei bemerkenswerte und gefährliche Schiffbrüche in der europäischen Politik. Ohne den Viererpakt hätte Europa den Eindruck gehabt, sich vor dem Nichts, bzw. an der Schwelle des Krieges zu befinden. Mit diesem aber gibt's ein Aufatmen. Er bringt ein Gefühl der Entspannung in ganz Europa, und man merkt die ersten, wenn auch zaghaften Anzeichen wirtschaftlicher Erholung. Der Viererpakt hat tatsächlich den eventuellen Mißerfolg der beiden Konferenzen vorausgesehen und hat die vier Unterzeichnerstaaten verpflichtet zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abrüstung und dem der Wirtschaft. In meiner Senatsrede vom 7. Juni sagte ich schon, daß man sich auch beim Viererpakt nicht übermäßigen Illusionen hingeben dürfe. Seine Bedeutung liegt in der Tatsache, daß er die Bildung von widerstreitenden Blocks in Europa hintertrieben und den vier westeuropäischen Ländern, die zusammen mit den Kolonien ein Drittel der Erdbevölkerung darstellen, die Möglichkeit gegeben hat, zum Zweck des Friedens zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit wird nicht immer leicht sein, aber immerhin erleichtert durch eine bessere Atmosphäre, die von der wirklichen Nervenentspannung, die sich seit zwei Monaten in diesem Teil Europas bemerkbar macht. Der Gedanke, daß Europa für die nächsten 10 Jahre Ruhe haben wird, bedeutet einen starken Anreiz für die Besserung der Gesamtlage. Nicht zweitausend Delegierte werden sich zum Diskutieren um den runden Tisch versammeln, sondern vier verantwortliche Elemente, deren Arbeit im Vorwege in den Kanzleien oder durch offiziöse Verständigung geordnet sein wird.

Ich glaube, daß es zum Zweck des moralischen und politischen Ansehens der Völker jetzt an der Zeit ist, Konferenzen in Acht und Bann zu erklären. Dies Wort muß jetzt für manches Jahr aus dem politischen Wörterbuch der Gegenwart verschwinden, muß vergessen sein. Mißbrauch und Uebermaß läßt sich nur mit völliger Abstinenz beseitigen. Ich habe in dieser Hinsicht kuriose politische Erfahrungen gemacht. Heute ist die Konferenz abgeblasen. Vielleicht wird sie nach manchen Jahren, beschränkt auf bestimmte Gebiete und bestimmte Länder, von neuem interessieren und von einigem Nutzen sein können. Insbesondere, wenn sie in feierlicher Form Abmachungen, die vorweg verabschiedet sind, ihre Weihe gibt. Auch hier handelt es sich darum, Mißbrauch und Entartung einer falschverstandenen Demokratie zu beseitigen, nach der nicht Lotsen das Schiff zu führen haben, sondern Ignoranten, die noch nicht einmal den Kompaß kennen. Es ist an der Zeit, zu sagen, daß solches System die Staaten ins Verderben führt und die Völker mit ihnen. Das ist diese Karikatur von Demokratie, die ich, ganz in Einklang mit der Untersuchung des großen Soziologen Gustave Le Bon, einmal definiert habe als „die Lehre und Herrschaftsform, in der man von Zeit zu Zeit dem Volk die Illusion bietet, es sei souverän". Ebenso hat man in London einer Masse von mehr oder weniger vorbereiteten Männern die Illusion geben wollen, sie könnten die Geschicke der Menschheit lenken. Im Grunde kann die Demokratie nichts als reden, sie lebt vom Wort und für das Wort; aber in kritischen Zeiten wollen die Völker nicht mit propagandistischen Reden überhäuft werden, sondern wollen kommandiert werden. Nutzlose Diskussion muß dann willigem Gehorsam Platz machen. Auch hier ist die Geschichte unsere Lehrmeisterin, aber die Menschen sind gar zu oft — faule und unverbesserliche Schüler." br.

Auf neuen Wegen

Berufsständischer Aufbau und nationalsozialistische Weltanschauung

Der berufsständische Aufbau des Deutschen Reiches soll an die Stelle der parlamentarischen Volksvertretung gesetzt und durch ihn das liberalistische System des „Geschehenlassens" überwunden werden. Die Hoffnungen der Menschen auf das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte sind schwer enttäuscht worden. Mit der Freimachung der wirtschaftl. Kräfte wurde auch die Möglichkeit zur schrankenlosen Ausbeutung des werktätigen Mitmenschen gegeben. Wo aber gegenseitige Beraubung herrscht, da kann sich kein Gemeinschaftsleben bilden, und wo der Staat noch dazu die Ausbeutung gesetzlich schützt, da kann der Friede im Volk nicht bestehen, da muß das Volk sich in Klassen aufspalten, die sich gegenseitig aufs schärfste bekämpfen. So konnte es kommen, daß der Kampf der Klassen als etwas Naturgewolltes angesehen wurde, daß er im Marxismus an die Stelle der Religion trat, von dem die Arbeiter die Erlösung erwarteten, auf die sie mit fatalistischer Kraft und religiöser Inbrunst hofften. Im ständischen Aufbau will sich der nationalsozialistische Staat darum zunächst ein Instrument zur politischen und weltanschaulichen Schulung des Volkes schaffen.

Der zweite Gedanke, von dem sich der nationalsozialistische Staat beim berufsständischen Aufbau leiten läßt, ist der, daß in den parlamentarischen Volksvertretungen selten oder nie mit der nötigen Sachkenntnis über volkswichtige Dinge entschieden worden ist. Es läßt sich einfach gar nicht leugnen, daß das Parlament die denkbar ungeeignetste Einrichtung war, wirklich vernünftige Maßnahmen zu treffen. Man braucht durchaus nicht der Ansicht zu sein, daß die Volksvertreter schlechte Menschen gewesen wären. Die allermeisten sind zweifellos von dem besten Willen beseelt gewesen; und trotzdem wirkten sich die Gesetze in der Praxis sehr oft im Gegensatz zu dem Gewollten aus. Wie hätte es auch anders sein können? Die armen Volksvertreter sollten in den allermeisten Fällen über Dinge entscheiden, von denen sie nichts verstanden. Von den 400 bis 500 Vertretern waren in dem Gegenstand, der zur Verhandlung stand, vielleicht nur 30 bis 40 wirklich sachverständig. Das führte dann auf den Weg des Kompromisses und des politischen Kuhhandels: Gibst du mir in diesem Falle deine Stimme, dann werde ich bei nächster Gelegenheit, die mich wenig, dich aber mehr interessiert, mit „Ja" stimmen. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die meisten Gesetze der letzten 14 Jahre aus politischen oder parteipolitischen Bestrebungen hervorgegangen sind. Das soll bei einem berufsständischen Aufbau vermieden werden. Die Berufsgruppe im Volk, die von dem Gesetz betroffen wird, soll auch ihr Urteil dazu abgeben, und aus der Gesamtheit der Vorschläge soll der Reichswirtschaftsrat sich dann sein Bild machen und die endgültige Gestaltung des Gesetzes finden.

Und dann noch ein Drittes: Die nationalsozialistische Bewegung will und muß das ganze Volk durchdringen. Das Werk kann nur gelingen, wenn das ganze Volk verständnisvoll und freiwillig mitgeht. In der parteipolitischen Volksvertretung kam der Gedanke an das ganze Volk nirgends zu seinem Recht. Der Parlamentarier fühlte sich in erster Linie seiner Partei verantwortlich. Die Partei ist aber immer nur ein Teil des Ganzen, ist Interessenvertretung. Der beste Parlamentarier war also derjenige, der am besten den Kampf aller gegen alle führte. In besonderer Anerkennung seiner Verdienste schlug ihn die Partei bei nächster Gelegenheit zum Minister vor. Das geschah natürlich wieder in der Erwartung, daß er an der einflußreichen Stelle der Gruppe im Volk, die er bislang vertrat, noch mehr und besser dienen konnte. Man bedachte nicht, daß ein guter Parlamentarier immer ein schlechter Staatsmann sein mußte. Tatsächlich hat die Zeit von 1919 bis 1933 keinen Staatsmann von Format hervorgebracht. Bei dem berufsständischen Aufbau, bei dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen in gemeinsamen Besprechungen über die Fragen beraten sollen, die den Wirtschaftszweig betreffen, in dem sie stehen, soll der Blick dauernd auf das Ganze des Volkslebens hingerichtet sein. Dabei werden sie erkennen, daß es dem einzelnen auf die Dauer nur gut gehen kann, wenn es dem Ganzen gut geht, und daß der Satz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" seine innere Berechtigung zu unbedingter Verpflichtung gegen das Volksganze hat.

Die Art des berufsständischen Aufbaus ist eine Frage der reinen Zweckmäßigkeit, er kann so und so erfolgen. Aber die ersten Umrisse treten jetzt schon deutlicher hervor. Die eine große Säule ist die deutsche Arbeitsfront. Sie besteht aus den einzelnen Fachgruppen: Holzarbeiterverband, Baugewerbe-, Metallarbeiterverband usw. Die Arbeitsfront tritt an die Stelle der Gewerkschaften; in den einzelnen Gruppen wird über dieselben Gegenstände beraten, die sonst in den Gewerkschaften zur Verhandlung standen, jedoch ist die Tariffrage der zweiten Säule vorbehalten. Die Fachgruppen sollen ein Instrument des Staates zur Volkserziehung sein. Nach den Ausführungen des Führers der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, soll sich ein Führungs- und Schulungssystem aufbauen, das die ganze Wirtschaft zu durchdringen und die Erfüllung der Aufgabe der Arbeitsfront als „hohe Schule" des nationalsozialistischen Volksbewußtseins zu bringen hat. Es soll schon in den untersten Einheiten, den Betrieben, beginnen. Die Zellenwachten werden in den Gauschulen vorbereitet. Dieses Schulungssystem setzt sich fort über die Landesführerschulen bis zur Reichsführerschule. Bei der Einrichtung der Landesführerschule in Jena am 26. Juli sagte Dr. Ley in einer Rede über die nationalsozialistische Weltanschauung: „Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte tritt jetzt eine politische Bewegung auf, die das Volk weltanschaulich schulen will, was bisher nur die Kirchen getan haben. Von nun an gibt es nur noch eine Organisation, die weltanschaulich schulen darf, die nationalsozialistische Partei. Der nationalsozialistische Sieg ist nichts anderes als der Sieg der Vernunft über die Unvernunft. Nationalsozialismus ist die Erkenntnis der Dinge und Menschen, die mit Wissenschaft nichts zu tun hat. Notwendiger als Wissen ist Charakter. . Die Grund-

411 Städt. Bibliothek S 839

lage für unsere Arbeit bleibt ein für allemal die nationalsozialistische Weltanschauung. Die materielle Not meistern wir spielend, wenn wir die seelische meistern. Ich sehe mit ungeheurer Hoffnung in die Zukunft. Wir werden die Erwerbslosigkeit meistern und all das Elend und die Not. Ich glaube, daß es im nächsten Jahr nicht mehr Arbeitslose geben wird als in normalen Zeiten vor dem Kriege, und daß wir in zwei Jahren nicht soviel Menschen in Deutschland haben, um alle vorhandene Arbeit leisten zu können."

Die geistig-politische Durchdringung des Volkes macht die Einrichtung von drei Hochschulen erforderlich. Der Nationalsozialismus bricht mit dem bisherigen System der Begabtenauslese. Selten ist dem einzelnen Menschen damit gedient, wenn er aus der sozialen Schicht, in die er hineingeboren ist, herausgenommen wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß solche Menschen sehr oft mit sich und der Welt zerfallen sind, und dann läßt sich nicht bestreiten, daß Menschen auch ohne die akademische Bildung Großes leisten können. Wirklich produktives Schaffen ist nur auf dem Wege der unmittelbaren Wesensschau möglich; die ist aber an keine Form der Bildung gebunden. Grundsätzlich gehört der tüchtigste Sohn, wenn seine Begabungsrichtung ihn dafür eignet, auf den Platz des Vaters, denn nur so können die Erfahrungen, die der Vater während seines langen Lebens machen durfte, den Mitmenschen erhalten und noch weiterentwickelt werden. Trotzdem soll keine wirkliche Begabung verlorengehen. Der Staat hat um seiner selbst willen dafür zu sorgen, daß die geborenen Führer in die führenden Stellen kommen. Da ist es nötig, daß diejenigen, die in ihrem Beruf und auf ihren Fachstellen sich als geistig befähigte Menschen, als wirkliche Persönlichkeiten und als echte Führer erwiesen haben, den Weg nach oben finden können. Zu dem Zwecke soll das Schulungssystem drei Hochschulen aufgebaut bekommen, von denen die eine die nationalsozialistische Welt- und Arbeitsanschauung weiter entwickeln, die andere die Fach- und Berufsausbildung zum Gegenstand ihrer Arbeit haben soll, und eine dritte soll sich mit den Wirtschafts- und Arbeitswissenschaften befassen.

Kann man die Arbeitsfront als die sozialpolitische Säule des berufsständischen Aufbaues bezeichnen, so ist die zweite Säule rein fachlicher Natur. Sie gliedert sich nach den großen Wirtschaftsständen, und zwar hat man fünf solcher Stände gebildet: Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe, Industrie, Handel und freie Berufe. Jeder einzelne Stand besteht wieder aus den verschiedenen Zweigen; die Landwirtschaft z. B. aus der Getreidewirtschaft, Viehwirtschaft, Garten- und Gemüsebau usw. Die einzelnen Berufs- oder Fachgruppen senden Vertreter in die Kreisfachgruppen, diese wieder in die Bezirksfachgruppen, und über allen steht die Reichsfachgruppe. Die Reichsfachgruppen werden dann zusammengefaßt werden zur Reichswirtschaftskammer, ebenso die Bezirksfachschaften zu Bezirkswirtschaftskammern. Bisher ist es noch nicht geschehen, aber ohne eine solche Zusammenfassung würde die Einheit fehlen, die das ganze Gebiet der Volkswirtschaft übersieht und letzte Entscheidungen vorbereiten kann. In den Reichsfachgruppen werden die Rahmentarife aufgestellt. Von hier aus gehen sie zu den Bezirks- und Kreisfachgruppen, wo die Ortstarife bestimmt werden. Der Rahmentarif soll jedem einzelnen Berufsangehörigen sein Minimaleinkommen garantieren Die Ortstarife berücksichtigen dabei die Leistungsfähigkeit des einzelnen Betriebes Soviel über das Gerippe des berufsständischen Aufbaus, der nur aus der nationalsozialistischen Weltanschauung voll verstanden werden kann.

Der Nationalsozialismus garantiert keinem Staatsbürger den Lebensunterhalt; er ist Gegner der Arbeitslosenunterstützung; aber er erkennt das Recht jedes Staatsbürgers auf Arbeit an. Im nationalsozialistischen Staat darf es also keine Arbeitslosigkeit geben. Jedem Arbeitswilligen, der ohne persönliche Schuld aus dem Arbeitsgang ausgeschieden wird, muß Beschäftigung nachgewiesen werden, die ihm mindestens das Existenzminimum garantiert. Volkswirtschaft ist im nationalsozialistischen Staat erst dann verwirklicht, wenn das ganze Volk gleichmäßig am Wohl- und Uebelergehen teilnimmt. So lange also noch Volksgenossen in unverschuldeter Not dahinleben müssen, sind alle andern verpflichtet, für sie zu opfern. Aus dieser Grundeinstellung heraus ergibt sich der Sinn aller bis jetzt getroffenen Maßnahmen. Der Nationalsozialismus ist ja nicht eine Wirtschaftsangelegenheit, sondern er ist Lebenseinstellung des ganzen Volkes. Darum darf jemand, der nicht Volksangehöriger ist, nicht in verantwortlicher Staatsstellung stehen. Die Erziehung der deutschen Jugend kann nicht in die Hände solcher Personen gelegt werden, die nicht selbst in ihrem innersten Wesen von deutscher Art sind. Ein Ausländer kann nicht deutscher Richter sein, weil er nicht aus deutschem Rechtsempfinden heraus zu urteilen vermag. Die einzige Aufgabe des Staates, die alles andere umfaßt, ist es, das deutsche Volk in seiner Art zu erhalten und zu fördern (Hitler). Darum muß der Landwirtschaft die erste Sorge des Staates gelten, weil sie für die physische Erhaltung des Volkes die ausschlaggebende Bedeutung hat. Um die Menschen der Arbeitslosigkeit zu entreißen, muß der Staat Arbeitsgelegenheiten schaffen.

Er verlangt aber auch von jedem Volksangehörigen, der selbst keine Arbeitsstelle finden kann, dort anzugreifen, wo er ihm Arbeitsgelegenheit nachweist. So kommt er zu der Forderung der Arbeitsdienstpflicht. Wir könnten weitergehen und zeigen, wie jede Maßnahme aus dem nationalsozialistischen Gedankengut erwächst, zugleich aber auch das Bestreben hat, das ganze Volk mit der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erfüllen. Diese Aufgabe kann der Staat nicht der Jugenderziehung allein überlassen; dafür muß er den ganzen berufsständischen Aufbau einsetzen.

Wirtschaftsbelebung

Tiefstand der Zahlungseinstellungen erreicht.

In seinem letzten Wochenbericht stellt das Institut für Konjunkturforschung fest, daß sich mit der Belebung der Produktion und der Umsätze auch eine allmähliche Entspannung auf der Geldseite anbahnt. Die Zahlungseinstellungen in der deutschen Volkswirtschaft sind in den letzten Monaten auf einen Tiefstand gesunken, wie er seit vielen Jahren nicht mehr erreicht worden ist. Die Wirtschaft ist aus dem Stadium des akuten Zusammenbruches in ein Stadium eingetreten, in dem es möglich geworden ist, die notwendige Vereinigung der finanziellen Schwierigkeiten mit milderen Mitteln in Angriff zu nehmen als bisher. Auf den Kreditmärkten setzt sich die Entspannung nur zögernd durch, jedoch wird dieser Mangel fürs erste durch die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung mit Hilfe des Reiches auf entscheidenden Gebieten überbrückt.

Die durchgreifenden Maßnahmen, die von der Reichsregierung auf den verschiedenen Gebieten getroffen worden sind, ermöglichten der Industriewirtschaft eine Erhöhung von Produktion und Beschäftigung schon zu einem Zeitpunkt, in dem bei ungehindertem Auspendeln der depressiven Kräfte wahrscheinlich an eine Zunahme der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung noch nicht zu denken gewesen wäre.

252 357 Arbeitsdienstwillige.

252 357 Arbeitsdienstwillige führten am 30. Juni in Deutschland Schaufel und Hacke. Angesetzt waren sie in 4717 verschiedenen Maßnahmen, die bis auf einen ganz geringen Prozentsatz von geschlossenen Lagern durchgeführt werden.

Vorarlberg entrechtet die nationalsozialistischen Abgeordneten. Der Vorarlberger Landtag verabschiedete ein Gesetz, nach dem ohne weiteres die Mandate der nationalsozialistischen Abgeordneten ruhen und die damit verbundenen Rechte erlöschen. Gegen das Gesetz stimmte nur der Großdeutsche Abgeordnete.

Die Korruption im Rundfunk

Private Einladungen auf Geschäftskosten. — Eine Berichtigung wird zur Anklage.

Neben dem großen Echo, das die Veröffentlichungen über die Mißwirtschaft früherer Rundfunkdirektoren gefunden haben, sind auch durch die eifrige Mitarbeit des Publikums neue Enthüllungen zutage gefördert worden.

Der Rundfunktenor, Pg. Franz Baumann, erklärte jetzt offiziell der Reichsrundfunkgesellschaft, daß er von dem fraglichen Essen beim Mitteldeutschen Rundfunk in Leipzig, wofür Direktor Kohl seine Rundfunkgesellschaft mit 200 Reichsmark belastete, nichts zu essen bekommen habe.

Direktor Kohl hatte Pg. Baumann anläßlich eines privaten Konzerts, das in keiner Weise etwas mit der Mitteldeutschen Rundfunk AG. zu tun hatte, eingeladen, in einem größeren Kreis von etwa acht Personen nach dem Konzert mit ihm zusammen zu sein. Der von ihm eingeladene Personenkreis bestand aus Familienangehörigen und weiter mehreren Bekannten. Parteigenosse Baumann mußte noch am selben Abend zu einem doppelten Rundfunkgastspiel nach Danzig fahren und konnte aus diesem Grunde der Einladung des Herrn Kohl nur für ganz kurze Zeit Folge leisten. Herr Kohl hat sich also den Namen Baumanns zunutze gemacht, um sich sein Festgelage mit seinen Angehörigen und Bekannten von der Rundfunkgesellschaft bezahlen zu lassen.

Dieser Dauerzustand einer Korruption des Systemrundfunk, die vor Gericht wahrscheinlich mit einem anderen Ausdruck belegt werden dürfte, verlangt, daß jetzt mit unbedenklicher Rücksichtslosigkeit gegen alle diejenigen korrupten Erscheinungen einer größenwahnsinnigen, bürokratischen Ueberorganisation durchgegriffen wird, die den Rundfunk in der Meinung des Volkes moralisch entwertet und die die Hörer skrupellos zu Ausbeutungsobjekten für ihre durch keine Leistung gerechtfertigte Großmannssucht gemacht hat.

Bredows Bezüge gesperrt

Die Korruptionsskandale im deutschen Rundfunk haben die Frage aufgeworfen, wer letzten Endes für die moralische Verwerflichkeit einer verschwenderischen Mißwirtschaft verantwortlich ist. Nachdem durch die letzten Veröffentlichungen die Direktoren der Reichsrundfunkgesellschaft Dr. Magnus und Ministerialrat a. D. Giesecke aufs schwerste bloßgestellt sind, wurden jetzt neue Schriftstücke und aktenmäßige Unterlagen ermittelt, die als den Mithauptverantwortlichen für den skandalösen Mißbrauch der Hörergelder den ehemaligen Rundfunkkommissar Staatssekretär a. D. Dr.-Ing. h. c. Hans Bredow erscheinen lassen.

In unverantwortlichem Eigennutz hat er seine unter dem marxistischen Regime aufgebaute Machtstellung zu einer Geldmacherei mißbraucht.

Als er die Leitung des Rundfunks hauptberuflich übernahm, beteuerte er, daß er sich auch weiterhin mit dem Gehalt eines Staatssekretärs „begnüge", also keinerlei wirtschaftliche Vorteile aus der neuen Stellung ziehen wolle.

In einem höchst merkwürdigen Gegensatz zu dieser Beteuerung stehen jedoch die langjährigen und verwickelten Verhandlungen, die er sofort nach Antritt seiner neuen Stellung mit der Reichsrundfunkgesellschaft über seine künftigen Bezüge und seine Pension führte. Die Pension sollte jährlich 20 000 Mark betragen; dazu mußte ein Kapital von 241 000 Mark aufgebracht werden. Von den verantwortlichen Stellen der Reichsrundfunkgesellschaft ist jetzt die Weisung ergangen, umgehend die Bezüge von Staatssekretär Bredow zu sperren.

Sprengstoffverbrecher verurteilt

Vor dem Sondergericht hatten sich neun Angeklagte aus Beuthen wegen Sprengstoffvergehens zu verantworten. Sie hatten im Juni v. J. Sprengkörper hergestellt, indem sie von einem Eisenzaun zwölf faustgroße hohle Kugeln abgebrochen, mit Sprengstoff gefüllt und mit einer Zündschnur versehen hatten.

Zwei der Angeklagten erhielten je zehn Jahre Zuchthaus, ein Angeklagter sieben Jahre Zuchthaus, ein weiterer sechs Jahre und drei der Angeklagten je fünf Jahre Zuchthaus.

Die Gefallenenglocke des Bundes Deutscher Bibelkreise in Siebenbürgen.

„Von dem Fest der Glockenweihe in Ludwigsdorf senden in Verbundenheit Dank und Brudergruß

Dechant Klemens."

Eben geht dieses Telegramm ein und berichtet von der am 30. Juli stattgefundenen Feier. Bekanntlich hat der Bund Deutscher Bibelkreise anläßlich seines großen Pfingstlagers aus freiwilligen Spenden seiner Mitglieder eine Glocke gießen lassen zum Gedächtnis an die im Weltkrieg gefallenen BKler. Eine Staffel von 20 Gliedern des Bundes hat die Glocke überreicht, deren Inschrift lautet: „Der Bund Deutscher Bibelkreise (BK) gedenkt im 50. Jahr seiner Geschichte mit 20 000 Jungen und vielen Freunden seiner gefallenen Brüder. Auf dem Reichslager zu Pfingsten 1933 wurde diese Glocke geläutet, bei unseren deutschen Glaubensgenossen in Siebenbürgen soll sie fortan erklingen." In der Schenkungsurkunde heißt es u. a.:

„Deutsche Mannesjugend, zusammengeschlossen im Bund Deutscher Bibelkreise (BK) grüßt euch und überbringt durch eine ihrer Gruppen der evangelischen Gemeinde diese Glocke

Einige Wochen erst sind vergangen, als nahezu 5000 Jungen aus den Reihen unseres Bundes beim Klang dieser Glocke ihrer Toten aus dem Weltkrieg gedacht haben. Eine lange Reihe von Namen, verteilt auf alle Gaue des Deutschen Reiches, wird lebendig, wenn unser Bund an seine Toten denkt. Auf allen Kriegsschauplätzen haben sie gekämpft und ihr blühendes Leben geopfert im Gehorsam und in Treue zu dem Land, welches unsere Mutter ist. In den jungen Herzen dieser sterbenden Krieger aber brannte ein gewisser Glaube und eine lebendige Hoffnung, entzündet durch den, zu dem wir uns mit der evangelischen Christenheit bekennen durch die Losung der ersten Gemeinde „Jesus Christus, der Herr."

Das Vorbild unserer Toten, die den Weg der Pflicht und des Opfers gingen, soll uns lebendig bleiben in jenem Wort, welches in die Glocke eingegraben ist: „Sei getreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben." Euch aber bringen wir diese Glocke mit dem Wunsch: Nehmt unsere Gabe und laßt sie zwischen euch und uns ein festes Band knüpfen. So oft ihr durch den ehernen Mund gerufen werdet, um Gottes Wort zu hören, seid dessen gewiß, daß wir in der deutschen Heimat eure Brüder im Glauben, in der Liebe und in der Hoffnung sein wollen.

Durch den Klang dieser Glocke bringe zu euch die Botschaft, welche fünf Jahrzehnte unseres Bundes unter deutscher Schuljugend reich gemacht hat und welche auch fortan unseren Weg bestimmen soll: „Es ist in keinem anderen Heil, ist auch kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, darinnen wir sollen selig werden, denn allein der Name Jesus Christus."

Die Führung des Bundes Deutscher Bibelkreise (BK)
P. Dr. Gustav Kertz, Vors.; P. Udo Smidt, Reichswart.

Von einem Märtyrer des Auslanddeutschtums,

einem ganz bedeutenden Kopf der Siebenbürger Sachsen, der von den revolutionären Ungarn 1849 standrechtlich erschossen wurde, von Stephan Ludwig Roth erzählt unserer Zeit, in der überall das Deutschtum im Ausland bedroht ist, im Augustheft der „Zeitwende" (C. H. Beck) ein Landsmann Roths, der Siebenbürger Publizist Heinrich Zillich. Er führt uns tief hinein in das Leben dieses zähen und tapferen auslandsdeutschen Stammes, der es wirklich verdient, daß wir Deutsche im Reich ihn näher kennen lernen. Ergreifend ist vor allem die Schilderung eines Augenzeugen, wie Roth als Christ und Deutscher aufrecht und gottergeben starb. Seine Haltung riß den kommandierenden ungarischen Offizier zu dem Ausruf hin: „Soldaten, lernt von diesem Manne, wie man für sein Volk stirbt!" In der Zeit Schlageters ist es herzstärkend, sich das Bild eines solchen auslanddeutschen Märtyrers, seines Lebens, Wirkens, Sterbens zu vergegenwärtigen. — Die „Gleichzeitigkeit" der großen Zeitenwende am Beginn des 16. Jahrhunderts zu unserer unmittelbaren deutschen Gegenwart wird aus der farbigen Darstellung des Dramas der Reformationszeit in Deutschland durch Siegfried Beyschlag verblüffend deutlich. Wie heute war auch damals das ganze Volk von einem großen Erleben ergriffen, und aus diesem Erleben wuchs eine reiche, volkstümliche und volksverbundene, dazu im tiefsten religiös bestimmte dramatische Dichtung hervor — wie auch wir sie uns heute ersehnen und als Frucht der Neugeburt deutschen Wesens für die Zukunft erhoffen. — Hans Joachim Moser hat dem Hefte einen Aufsatz über Johannes Brahms beigesteuert. Der niederdeutsche Tondichter, der durch alle deutschen Gaue bis nach Wien verschlagen wurde, dort zum gesamtdeutschen Bewußtsein heranwuchs, trotzdem er Zeit seines Lebens der Heimat und Stammeseigenart innig verhaftet blieb, wird uns hier in seiner bodenständigen Verbundenheit mit Volkstum und Rasse anschaulich vor Augen gestellt; auch auf den Protestanten Brahms fällt manch erhellendes Licht. — Aus dem reichen Inhalt dieses Heftes seien noch die Erzählungen von Helmut Paulus: „Die Gottesmagd Maria Vögelein" und Hans Franck: „Gottes Zeit" hervorgehoben. Wie sehr die „Zeitwende" den Blick immerfort auf das Auslanddeutschtum gerichtet hält, zeigt auch in diesem Heft in den „Randbemerkungen" der kleine Hinweis auf zwei deutsche Auslandsgemeinden in Ost und West, in Riga und im Haag. Dies alles zusammen mit einem Aufsatz über die heroische Epoche der Herrn-

Oeffentliche Aufträge

Richtlinien des Reichskabinetts

Die vom Reichskabinett am 14. Juli aufgestellten Richtlinien über die Vergebung öffentlicher Aufträge werden jetzt im Wortlaut veröffentlicht, nachdem diese Richtlinien inzwischen durch Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers den Landesregierungen zur Kenntnis gebracht sind. In den Richtlinien heißt es:

I.

Grundsätzlich haben über die Vergebung von öffentlichen Aufträgen bei Reich, Ländern und Gemeinden ausschließlich die verantwortlichen amtlichen Organe nach Maßgabe der für die Vergebung öffentlicher Aufträge geltenden behördlichen Bestimmungen zu entscheiden. Die häufig eigennützigen Motiven entspringende Einwirkung anderer Personen und Organe darf unter keinen Umständen geduldet werden; dem „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand" wird die Einwirkung auf die Vergebung öffentlicher Aufträge von Reich, Ländern und Gemeinden untersagt.

II.

Die Tatsache, daß in einem deutschen Betrieb ausländisches Kapital arbeitet, kann mit Rücksicht auf die wirtschaftspolitische Gesamtlage Deutschlands und auf den Umfang des in der deutschen gewerblichen Wirtschaft angelegten ausländischen Kapitals, sowie im Hinblick auf die umfangreichen deutschen Kapitalinvestitionen im Auslande und die damit verbundene Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen keine Veranlassung geben, eine solche Firma von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Es besteht im Gegenteil alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß das seriöse, Anlage suchende ausländische Kapital das Vertrauen in die Sicherheit der deutschen Wirtschaft und die Rechtssicherheit im neuen Staate behält.

Eine grundsätzliche Nichtberücksichtigung deutscher Firmen mit Auslandskapital, die im übrigen deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigen, deutsche Maschinen benutzen usw., würde letzten Endes auch zahlreiche Volksgenossen brotlos machen.

III.

Was die Behandlung der Firmen anlangt, deren Inhaber oder an der Geschäftsführung maßgebend beteiligte Personen nicht arischer Abstammung sind, so ist an sich nach dem Grundsatz zu verfahren, daß bei gleichwertigen Angeboten deutschstämmige Firmen zu bevorzugen sind.

Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß jede an öffentlichen Aufträgen beteiligte Firma und ihre Inhaber in ihrer Tätigkeit den grundlegenden Forderungen der deutschen Staats- und Wirtschaftspolitik in vollem Umfang Rechnung tragen müssen.

Im übrigen sollen die Beschaffungsstellen sich jeder Schnüffelei enthalten; es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß sie ohne besonderen Anlaß etwa in jedem Einzelfalle weitläufige Untersuchungen nach der Ariereigenschaft der etwa in Frage kommenden Personen anstellen und — namentlich bei Aktiengesellschaften und Unternehmungen ähnlicher Rechtsform fast undurchführbare — Untersuchungen vornehmen, die vielfach zu willkürlichen Veränderungen in der Organisation einzelner Betriebe und damit unter Umständen zu einer Gefährdung der Existenz der in dem Werk beschäftigten Arbeitnehmer führen können.

Ausschlaggebend muß für die wirtschaftliche Betrachtung des Einzelfalles sein, ob die betreffende Firma deutsches Personal (Arbeiter, Angestellte usw.) beschäftigt, deutsche Maschinen verwendet usw. und so einer beachtlichen Zahl deutscher Volksgenossen Arbeit und Brot gibt.

IV.

Die Berechtigung zu einer besonderen Berücksichtigung ortsansässiger Unternehmer kann nur insoweit anerkannt werden, als sie sich im Rahmen der Bestimmungen der Verdingungsordnung für Bauleistungen (Teil A, § 26, 3) bewegt. Hiernach sollen bei annähernd gleichwertigen Angeboten im allgemeinen einheimische Angebote vor auswärtigen bevorzugt werden, sowie unter einheimischen jene, die am Ort der Leistung oder in dessen Nähe den Auftrag im eigenen Betriebe ausführen und hauptsächlich ortsansässige Arbeiter beschäftigen. Dagegen würde ein grundsätzlicher Ausschluß auswärtiger Bieter oder aber ihre Nichtberücksichtigung trotz offensichtlich günstiger Angebote gesamtwirtschaftlich äußerst ungünstige Wirkungen haben.

Regionale Abgrenzungen, die die Einheitlichkeit des deutschen Wirtschaftsgebietes aufheben, dürfen bei Vergebung von Aufträgen durch öffentliche Körperschaften keinesfalls Platz greifen. Es ist vielmehr notwendig, einer derartigen Entwicklung rechtzeitig entgegenzutreten.

Friede in der Kirche!

Eine neue Bekanntmachung Staatssekretär Pfundtners.

Berlin, 2. August. Der Bevollmächtige des Reichsministers des Inneren für die Ueberwachung der unparteiischen Durchführung der Kirchenwahlen erläßt folgende *vierte Bekanntmachung*:

„Der kirchliche Wahlkampf hat für die Gemeindeglieder in ihrer Gesamtheit mit dem 23. Juli d. J. seinen Abschluß gefunden. Auf Grund der bisherigen Wahlergebnisse wird sich die Bildung der höheren kirchlichen Vertretungskörper reibungslos vollziehen. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß der Wille zu friedlicher kirchlicher Zusammenarbeit überall Platz greift. Die im ordnungsmäßigen Verfahren Gewählten stehen hierbei unter dem Schutz der Reichsregierung. gez. Staatssekretär Pfundtner."

Die neue Invalidenversicherung

Wie verlautet, sind hinsichtlich der Neugestaltung der Invalidenversicherung die Versicherungstechniker zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine dauerhafte Vermehrung und Sicherung der Invalidenversicherung ein völlig neues versicherungstechnisch fundiertes Beitragsverfahren erfordert.

Große Aussichten bei der Neuregelung hat das Anwartschafts-Deckungsverfahren, das die Beiträge nach den versicherungstechnischen Grundsätzen so ermittelt, daß am Ende der Beitragsleistung die gewünschte Rente in jedem Einzelfall durch die Beiträge gesichert ist. Da dieses Verfahren etwas teurer ist, rechnet man mit mehreren Uebergangsbestimmungen, die in einer Zuschußleistung des Reiches beruhen könnten. Vermutlich würde eine wohlgelungene Sicherstellung der Invalidenversicherung beispielgebend für die übrigen Sozialversicherungen werden.

Drakonische Maßnahmen

gegen Uebergriffe der Kommunisten.

In der Nacht zum Mittwoch wurde der SA.-Scharführer Kurz von vier Kommunisten überfallen und durch einen Unterarmschuß verletzt. Die Täter konnten in der Dunkelheit unerkannt entkommen. Als Gegenmaßnahme wurden von der Staatspolizeistelle sofort vier Kommunisten, die in der Nähe des Tatortes wohnen, als Geiseln festgenommen.

Da sich die Uebergriffe der Kommunisten in der letzten Zeit wieder vermehrt haben, sieht sich die Staatspolizeistelle gezwungen, in Zukunft auch beim Verteilen hetzerischer Druckschriften zu den geschilderten Maßnahmen zu greifen und in jedem Falle bekannte frühere Angehörige der KPD., die sich bis jetzt noch nicht in Schutzhaft befinden oder wieder entlassen sind, als Geiseln festzunehmen.

huter Mission unter den Indianern Nordamerikas zeigt den weiten Sinn, in diese hervorragende deutsche Monatsschrift geleitet wird.

Offene Türen in Sumatra.

Bei uns in Dairi wohnen 54 000 Menschen. Etwa 14 000 sind Christen, die andern Heiden. Auch der Islam hat seine Arbeitsmöglichkeit erkannt und setzt mit großer Macht ein. Wir müssen auf der Hut sein, damit es nicht so geht, wie vor 20 Jahren, wo innerhalb 8 Tagen eine ganze Gegend mohammedanisch wurde. Besonders in den Stämmen der Pakpak-Batak ist die Neigung zum Islam groß, weil viele ihrer Stammesgenossen schon übergetreten sind, und der Islam ihnen wichtige Stücke ihres Heidentums läßt. Eine besondere Freude ist es, wenn dann doch ein früher ausgestreutes Samenkorn des Evangeliums aufgeht. So erhielt ich vor einiger Zeit aus einer heidnischen Gegend folgenden Brief: „Wir Leute von P., die wir diesen Brief unterschreiben, kommen zu unserem Missionar mit der Bitte, uns einen Boten des Evangeliums zu schicken. Er muß unsere Sprache können, denn unsere Frauen, die auch lernen möchten, verstehen nicht die Tobasprache. Wir wollen gerne Christen werden. Wenn Du uns aber nicht bald jemanden schickst, so sind wir verkauft an den Islam, der mit aller Macht in unserer Mitte arbeitet. Deswegen hab' doch Erbarmen mit uns, hilf uns und erhöre unsere Bitte! Flehe Du zu Gott in Deinem Gebet, daß er unsere Herzen öffne, damit auch wir an Christus glauben, der für uns sein Blut vergossen hat."

Vor einigen Tagen kam ein junger Mensch zu mir, der mich holländisch anredete. Er ist der Sohn eines angesehenen Häuptlings und hat in Java die Schule besucht. Dort ist er in Berührung mit dem Christentum gekommen, und jetzt bringt er uns die Aufforderung, doch im Gebiet seines Vaters mit der Schularbeit zu beginnen. Die batakische Missionsgesellschaft wird wahrscheinlich einen jungen Evangelisten in diesem Gebiet anstellen können.

Ebenso wie in den Pakpakklanden steht es bei den Karoleuten. Auf welche Weise dort der Islam eindringt, zeigt ein Beispiel. Der Oberhäuptling, ein Christ, sollte zum Islam bekehrt werden. Ein mohammedanischer Jüngling warb um die Tochter. Der Vater lehnte die Werbung ab, und eines Tages wurde das Mädchen auf dem Gang zum Markt von dem Jüngling mit seinen Helfershelfern aufgegriffen und in das eigene Dorf gebracht. Man bot dem Häuptling einen sehr hohen Brautpreis an und eine noch größere Summe dazu, wenn er zum Islam übertrete. Aber er blieb standhaft und wies beides ab.

Im vergangenen Jahr konnten in unserm Stationsbezirk 3 neue Gemeinden gegründet werden, die ihre eigenen Versammlungsräume gebaut haben. Auch Frauenstunden werden hin und her in den Gemeinden gehalten. Die Zahl der Abendmahlsgäste hat um das Doppelte zugenommen. In der hiesigen leerstehenden Militärkaserne wäre eine wundervolle Arbeitsgelegenheit für eine Schwester, die auch das Krankenhaus und die Gemeindearbeit übernehmen könnte. Unsere Gemeinden bitten sehr darum.

Die schlechte Zeit, die sich hier im Sinken des Kaffeepreises sehr bemerkbar gemacht hat, hat auch ihr Gutes. Je mehr Geld die Leute in den Händen haben, je frecher und dreister sind sie. Wenn sie aber ärmer werden, dann besinnen sie sich auf das eine, das not tut. Möchte doch diese schwere Zeit dazu dienen, daß unsere Christen innerlich reifen. Euch aber, die Ihr das lest, bitten wir: Helft mit Eurem Gebet, daß die Verheißung Jesu sich auch an dieser Stelle verwirkliche, daß alle Zungen ihn loben sollen. Der Herr schenke es in seiner Gnade!

Missionar Link.

Graf Zeppelins Feuerprobe.

Zum Gedenken an den Unglückstag von Echterdingen vor 25 Jahren.

Graf Ferdinand von Zeppelin entstammte einem schwäbischen Geschlecht, das ursprünglich in Mecklenburg seßhaft gewesen war. In der Persönlichkeit Zeppelins haben sich die Elemente, die beiden örtlich so weit getrennten Volksteilen gemeinsam sind, verdoppelt: Die Zähigkeit und Stetigkeit beim Planen und Schaffen. Dieses gute Erbe bäuerlicher Ahnen, gefördert von einem kühnen Mut und flammenden Idealismus, machte ihn zu einem vorbildlichen Offizier, dem der Kriegsgott sogar die erste Heldentat des 70er Feldzuges, einen unvergleichlichen Erkundungsritt, gönnte und sodann zu einem Geisteshelden, dem es wieder vergönnt war, seine Gedanken in die Tat umzusetzen — tausenderlei Spott und Widersprüchen zum Trotz. Wenn aber je zäher Mut und starker Glaube an sein Werk einen Mann — einen siebzigjährigen gar! — im Unglück aufrechterhalten hatte und ohne Unterbrechung auf dem Wege der erwählten Pflicht weitermarschieren ließ, so war eine solche Feuerprobe des Geschickes von dem kühnen Piloten am Tage von Echterdingen rühmlich bestanden! Die Tatsache, daß solche Schicksalsnot durch den unbeirrbaren Willen Zeppelins gebrochen wurde, hat uns den großen und führenden Erfolg deutschen Erfindungsgeistes auch in der Luftschiffahrt erst gesichert. Denn, wie lagen doch die Dinge bis zu jenem schicksalhaften 5. August 1908?

Graf Zeppelin — in Fachkreisen wie bei Laien gleichviel bewundert und belächelt — hatte schon manchen Anfangserfolg gehabt, war umjubelt worden, hatte aber außer dem Spott der Vielzuvielen auch manches wichtige Argument seiner Fachgegner nicht entkräften können, besonders hinsichtlich seiner Wahl des sogenannten „starren Systems". Daß er sich überhaupt noch soweit hatte durchsetzen können und daß man ihn ernst nahm und gewähren ließ, verdankte er ganz wesentlich dem Rückhalt und Vertrauen, das ihm sein oberster Kriegsherr angedeihen ließ. Es mag hierbei sogleich erwähnt sein, daß die Pläne, die man mit einer erwarteten Bewährung des Zeppelin'schen Luftschiffes verband, zum guten Teil militärischer Natur waren, woraus sich auch manche Unterstützung des genialen Konstrukteurs erklären läßt.

Am 4. August 1908 hatte Zeppelin mit seinem Modell „4" eine Probefahrt unternommen, die gut begann, dann aber wegen Motorfehlers zu einem Niedergehen bei Oppenheim auf den Rhein zwang, obwohl die Ueberfliegung der Strecke Friedrichshafen-Mainz-Friedrichshafen ohne Landung vorgesehen war. Eine zweite Störung (Gasverlust) zwang nach glücklicher Nachtfahrt den Grafen unweit des württembergischen Städtchens Echterdingen niederzugehen und Hilfskräfte, Militär aus Stuttgart, Daimlermonteure aus Cannstatt und drei Eisenbahn-Gaswaggons zu erwarten. Da überraschte ein in seiner Stärke und Plötzlichkeit unvorhergesehener Gewittersturm das verankerte Luftschiff, riß es los und schleuderte es an eine Baumgruppe. Beim Wiederaufsetzen des noch zum Teil von Menschen und Ankern gehaltenen Kolosses explodierte ein Motor. Die Mengen des Gases entzündeten sich, und in etwa 10 Sekunden war das stolze Luftschiff vernichtet.

Auf der Erde, nicht in der Luft, fiel dieses Wunderwerk deutschen Erfindergeistes seinem Geschick zum Opfer. Die Landung hatte wie stets aufs beste geklappt, und damit waren viele Einwände der Gegner des „starren Systems" widerlegt. Schmerzlich erschütterte dieses Ende einer mit so vielen Hoffnungen begonnenen und vom Unheil verfolgten Luftfahrt den Grafen Zeppelin. Da aber bewies sich seine Art und die seines treuen Volkes! Am nächsten Morgen stand er bereits wieder an seinem Modell „3" in Friedrichshafen in treuer Arbeit! Der Alte verlor den Mut nicht. Trost gaben ihm Grüße aus dem ganzen Reiche und dem Auslande! Hilfe gewährte gleich am ersten Tage die kaiserliche Regierung, die sofort 500 000 Mark überwies und dann — herrliche Tat der Volksgemeinschaft! — die Zeppelin-Nationalspende, die in kurzer Zeit 6 Millionen Mark zusammenbrachte! Zeppelin hat diese Hilfsmittel gut angewandt und das Vertrauen des nun ganz für ihn gewonnenen Volkes gerechtfertigt. Heute verkündet das Luftschiff „Graf Zeppelin" der Welt die Einheit deutschen Volkes mit seinen geistigen Führern!

Werner Lenz.

Kruckenberg siegt

Der Streit um den Schienenzepp.

Der Streit zwischen dem Erfinder des Schienenzepp, Dipl.-Ing. Kruckenberg und dem Schweizer Professor Wiesinger, der Vaterrechte an der Erfindung beanspruchte, ist durch Urteil des Kammergerichtes zu Berlin entschieden.

Professor Wiesinger hat danach bei Meidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geldstrafe oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten die Verbreitung der Behauptung, das Kammergericht habe im Streit über die „Geistige Vaterschaft" an der Propellerschnellbahn (Schienenzeppelin) und am Flugbahngedanken für Wiesinger gegen Kruckenberg entschieden, zu unterlassen.

Damit findet eine Reihe von Prozessen ihren Abschluß, die Kruckenberg mehr als 2½ Jahre lang gegen Wiesinger führen mußte.

Herriots Ostfahrt.

— Paris. Der ehemalige französische Ministerpräsident Herriot hat sich am Donnerstag von Marsaille aus nach Istambul eingeschifft. Er beabsichtigt vom 11. bis 15. August in Sofia zu weilen.

Rüstungs-Phantasien

Mißglückter Versuch Frankreichs, England zu interessieren.

Der Londoner „Daily Herald" berichtet in großer Aufmachung, das französische Außenministerium besitze ein Geheimaktenstück mit Mitteilungen über neue Verletzungen der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktatvertrages durch Deutschland. Interessant dabei ist, daß nach den Angaben des Blattes der Versuch Frankreichs, das Interesse Englands zu erregen, bisher gescheitert ist. Im einzelnen zählt das Blatt folgende Punkte auf:

1. Es werden Flugzeuge hergestellt, die sich mit größter Schnelligkeit in Bomben- und Kampfflugzeuge verwandeln lassen. Eine Vereinbarung zwischen dem Deutschen Luftsportverband und der Hitler-Jugend sieht die Ausbildung von Fliegern vor, die mit dem 12. Lebensjahr beginnt und mit dem 18. Lebensjahr beendet ist.

2. Mindestens eine Fabrik unter nationalsozialistischer Aufsicht macht Experimente mit Giftgasen für seine künftige Erzeugung.

3. Schwere Artillerie. In dieser Beziehung werden die Versailler Bestimmungen in Deutschland und in zwei Nachbarländern gebrochen, wo auf deutsche Bestellungen hin schwere Geschütze geliefert werden.

4. Im Rheinlande werden große Mengen leichter Maschinengewehre hergestellt, die von einem Oesterreicher namens Strange erfunden worden sind.

5. Fabriken in Deutschland und mindestens eine große Waffenfabrik in einem Nachbarlande stellen Gewehre und Revolver für Deutschland her. In der letzterwähnten Fabrik sind alle Werkführer und Aufseher Deutsche. In den rheinischen Fabriken, wo Gewehre hergestellt werden, sind nur Nationalsozialisten beschäftigt, die vor ihrer Einstellung durch Eid zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.

6. Tanks werden entgegen dem Vertrage in Württemberg nach Entwürfen von Herrn Vollmer-Berlin hergestellt.

7. Ein Teil der SA. ist in der Weise gruppiert, daß die Reichswehr sofort durch völlig ausgebildete Mannschaften aufgefüllt und auf 300 000 Mann gebracht werden kann.

Pariser Verlautbarung

Nachdem die französische Presse in den letzten Tagen sich wiederholt mit den Schritten, die der österreichische Kanzler Dollfuß in Berlin, Rom und London unternahm, beschäftigt hatte, veröffentlicht Havas folgende amtliche Mitteilung:

„Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt sich seit mehreren Wochen mit der zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung bestehenden Spannung. Seine Aufmerksamkeit hat sich dabei insbesondere auf die verschiedenen Zwischenfälle erstreckt, die sich in der letzten Zeit ereignet haben, nämlich die Ueberfliegung österreichischen Gebietes durch Flugzeuge schlecht erkennbarer Herkunft, die feindselige Flugblätter gegen den Kanzler Dollfuß abgeworfen haben oder die Funksendungen deutscher Stationen, in denen die gegenwärtige Wiener Regierung angegriffen wurde. Der Außenminister hat bei einer gewisser Anzahl von Regierungen den Ernst und die Gefahren, die solche Geschehnisse darstellen, betont, und er hat mit ihnen die Meinungen ausgetauscht über Wege und Mittel, etwa die einer gemeinsamen Aktion, um die Wiederholung solcher Geschehnisse zu vermeiden."

Weiter hat nach Havas der französische Botschafter in Berlin „einen Schritt unternommen, um gegen die Entführung französischer Staatsangehöriger aus dem Saargebiet zu protestieren". Ein gleicher Protest sei auch von der Regierungskommission des Saargebiets erhoben würden.

Abrüstung?

Amerika baut 37 neue Kriegsschiffe.

— Washington, 3. August. Das amerikanische Marineministerium hat nunmehr den Bau von 37 neuen Kriegsschiffen in Auftrag gegeben. 21 Kriegsschiffe im Werte von rund 130 Mill. Dollar werden von Privatwerften gebaut, während die Regierungswerften den Bau von 16 Kriegsschiffen übernommen haben. — Der Bauauftrag des amerikanischen Marineministeriums umfaßt zwei Flugzeugmutterschiffe, fünf Kreuzer, 24 Zerstörer, vier Unterseeboote und zwei Kanonenboote.

Eingreifen der Zentralstaatsanwaltschaft. Nachdem ein preußisches Gericht es abgelehnt hat, in einer Strafsache ein Urteil zu fällen, solange eine Reihe von SS.-Leuten im Zuschauerraum saßen, wird an der nächsten Verhandlung der Zentralstaatsanwalt teilnehmen, um sich die Urteilsfindung dieses Gerichts näher anzusehen.

Erneuerung der Justiz

Im Rahmen der nationalen Wiederaufbauarbeit bildet die Erneuerung der Justiz eine der wichtigsten Aufgaben. Es gilt, das Vertrauen des Volkes zu der Rechtsprechung, das unter der Herrschaft des verflossenen demokratischen Systems völlig erschüttert worden war, wiederherzustellen. Man kann dem preußischen Justizministerium wohl bezeugen, daß es mit aller Energie an die Durchführung dieser großen Aufgabe herangegangen ist.

Von großer Bedeutung ist das neue Strafvollstreckungs- und Gnadengesetz, das in der Frage des Strafvollzuges grundsätzlich neue Wege erschließt und mit der gefahrbringenden Verweichlichung der Strafrechtspflege und des Strafvollzuges, wie sie seit einigen Jahren bei uns eingerissen war, radikal Schluß macht. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die bisherigen Versuche, die Kriminalität durch ein auf „Humanität" und Ueberschätzung des Individuums abgestelltes System der Strafvollstreckung zu bekämpfen, völlig gescheitert ist. Wie aus den amtlichen statistischen Ergebnissen von 1927—1930 hervorgeht, hat die Zahl rückfälliger Verbrecher einen geradezu erschreckenden Anstieg erfahren. Das ist der beste Beweis dafür, daß das „Erziehungsprinzip" das unter der Herrschaft des marxistischen Systems in steigendem Maße in Anwendung kam, völlig verfehlt war. Wenn man bisher die Gefangenen vielfach besser gestellt hat als die freien Staatsbürger und ihren Lebensstandard über den eines Erwerbslosen, ja eines Arbeiters und Kleinbauern heraufgeschraubt hat, so durfte man sich nicht wundern, daß man mit dem vielgepriesenen modernen Strafvollzug gerade das Gegenteil von dem erreicht hat, was man beabsichtigte.

Aber nicht nur der Strafvollzug, auch die Strafverhängung, insbesondere die uferlose Zulassung der Bewährungsfrist und die weitgehende Ausübung des Gnadenrechts mußten unbedingt die Staatsautorität und damit auch das Vertrauen des Volkes in die Justiz aufs schwerste erschüttern. Man kann es daher nur begrüßen, wenn die preußische Regierung hier einen grundsätzlichen Wandel eintreten läßt. Strafe soll nicht in erster Linie erzieherisch wirken, sondern abschreckend, so daß der Verbrecher ein für allemal die Lust verliert, rückfällig zu werden und wieder in das Gefängnis zurückkehren zu müssen. Das Gefängnis oder das Zuchthaus darf keine Vergnügungsanstalt mit Kino, Fußball und Theater sein, noch ein „Hotel für Winteraufenthalt", sondern es muß eine Strafanstalt sein. Das Wort „Sühne", das in der alten Vollzugsordnung völlig ausgemerzt worden war, muß wieder voll zur Geltung kommen. In dem neuen Strafvollstreckungsgesetz befindet sich auch ein Satz, wonach die Lebenshaltung des Strafgefangenen unter der des Erwerbslosen liegen muß. Allerdings soll die Gesundheit des Strafgefangenen erhalten werden. Das ist die Grundlinie, auf der der Strafvollzug arbeiten soll, um das Endziel zu erreichen, nämlich die Kriminalität in Deutschland zu senken.

Ebenso wie der Strafvollzug hat auch das Begnadigungswesen eine grundsätzliche Reform erfahren. Das Urteil des Gerichts darf nicht abgeändert werden. Der alte liberalistische Staat hatte durch die Methode der mildernden Umstände und der Gewährung von Bewährungsfrist in der Praxis das Gegenteil bewirkt. Ja, es war schon so weit, daß viele Gerichte schon im Urteile selbst als Regelfall die Anwendung von mildernden Umständen empfahlen. Der Gnadenerweis wird in Zukunft eine Ausnahme sein und nur dann erfolgen, wenn der Gefangene gezeigt hat, daß er dieser Maßnahme während der Gefangenschaft sich würdig erwiesen hat. Das Recht der Begnadigung steht dem Justizminister bezw. den von ihm ermächtigten Oberstaatsanwälten zu. Der Richter selbst darf künftig mit dieser Aufgabe nicht mehr belastet werden und soll lediglich als Hüter des Gesetzes gelten, d. h. feststellen, wogegen sich der Angeklagte vergangen hat, und entsprechend die Strafe verhängen.

Das Gesetz über den Strafvollzug und das Gnadenrecht ist übrigens nicht als Einzelmaßnahme, sondern im Zusammenhang mit den ernsten Bemühungen des preußischen Justizministeriums zu verstehen, die Strafrechtspflege in Preußen überhaupt zu ändern. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Strafrechtspflege schlagartig arbeitet, um ihrem Zweck, den öffentlichen Frieden zu sichern, gerecht zu werden. Das Ziel ist die schnellste und sicherste Strafrechtspflege. Bei Todesurteilen beispielsweise sollen in Zukunft die Gnadenakte schon 48 Stunden nach der Urteilsfällung dem Minister zur Entscheidung vorliegen. Weiter strebt die Regierung an, die Zusammenarbeit der an der Verbrechensbekämpfung beteiligten Behörden, nämlich Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht nach Möglichkeit zu verstärken und damit zu beschleunigen. Das Ideal wäre eine gleiche Geschäftsverteilung der Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafgericht. Auch soll es vermieden werden, daß Staatsanwälte in einer Hauptverhandlung Sachen vertreten, die sie nicht selbst vorbereitet haben. Alle diese Maßnahmen werden zur Zeit im Justizministerium erwogen und wohl schon sehr bald zu entsprechenden Ergebnissen führen.

Im preußischen Justizministerium ist u. a. auch zur Zeit ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der sich aus der im Vorjahre vorgenommenen Beseitigung zahlreicher Amtsgerichte ergeben hat. Es wird vorgeschlagen, in einer erheblichen Zahl von Fällen, in denen Amtsgerichte aufgehoben wurden, Rechtspfleger an dem Sitz der bisherigen Amtsgerichte einzusetzen. Auf diese Weise soll ein verkleinerter Amtsgerichtsbetrieb eingerichtet werden. Eine weitere Aufgabe, die das preußische Justizministerium in Angriff genommen hat, ist die Zusammenfassung aller auf landesrechtlichem Gebiet bestehenden strafrechtlichen Vorschriften, die jetzt in unzähligen Gesetzen und Quellen verstreut sind.

Das preußische Justizministerium hat ferner soeben die Ausführungsbestimmungen zu dem vor einigen Tagen ergangenen Gnadenerlaß des preußischen Justizministeriums für Wirtschafts- und Notdelikte herausgegeben. Bei Wirtschaftsdelikten hat sich der preußische Justizminister selbst die Entscheidung über die Niederschlagung von Verfahren und den Gnadenerlaß vorbehalten. Bei Notdelikten ist im Hinblick auf die große Zahl — von der letzten Amnestie von Notdelikten wurden rund 300 000 Fälle betroffen — ein anderes Verfahren gewählt worden. Bei allen Straftaten, die in der Zeit vom 1. Dezember 1932 bis 15. Juli 1933 infolge wirtschaftlicher Not begangen sind, ist in eine Nachprüfung darüber einzutreten, ob der Täter des Gnadenerlasses würdig erscheint. Diese Nachprüfung ist den Oberstaatsanwälten übertragen worden. In erster Linie sind alle die Strafsachen in Arbeit zu nehmen, in denen gegenwärtig Freiheitsstrafen oder Untersuchungshaft vollstreckt werden. Die Oberstaatsanwälte sind ermächtigt, Strafen zu erlassen oder Strafen auszusetzen, wenn die Strafe nicht mehr als Geldstrafe oder sechs Monate Gefängnis beträgt und wenn der Täter mit höchstens drei Monaten Gefängnis vorbestraft ist. Außerdem können die Oberstaatsanwälte in anhängigen Strafsachen die Niederschlagung anordnen, wenn keine höhere Hauptstrafe als Geldstrafe oder sechs Monate Gefängnis zu erwarten ist und keine höheren Vorstrafen als drei Monate Gefängnis vorliegen. In allen Fällen, in denen höhere Strafen festgesetzt oder zu erwarten sind oder höhere Vorstrafen vorliegen, sollen die Oberstaatsanwälte dem Justizminister berichten.

Schließlich werden in allernächster Zeit Maßnahmen ergriffen, um die Würde des Gerichtsbetriebes insbesondere im Zivilprozeß wiederherzustellen. Die Verhandlung im Zivilprozeß ist in den letzten Jahren zu einer Börse geworden. Ordnungsstrafen haben keinen Zweck mehr und können keine Besserung mehr bringen. Das äußere Bild des Gerichtsbetriebes, insbesondere aber der Zivilprozeßverhandlung soll daher vollkommen umgestaltet werden. Man wird das Uebel an der Wurzel packen und mit gesetzgeberischen Maßnahmen vorgehen.

Verschiedenes.

Leipziger Messe. Die Herbst-Meß-Konferenz 1933 des **Verbandes gläubiger Kaufleute** will auch in diesem Jahr einen Treffpunkt für gläubige Kaufleute bieten. Sonntag, den 27. August, und Montag, den 28. August, veranstaltet er um 20 Uhr geselliges Beisammensein ohne besondere Referate. Im Vereinssaal ist Mittag- und Abendbrot preiswert zu haben. Auskunft bei Maximilian Koeltz, Leipzig C., Johannisplatz 11, Tel. 10071.

✦

Großgrundbesitz oder Bauernhof. Das in dem Artikel in Nr. 175 erwähnte Buch von Dr. Karl Hartwich, „Rittergut oder Bauerndorf" kann vom **Evangelischen Siedlungsdienst** Bielefeld, Altstädterkirchstraße 2 zum Preise von Mk. 1,40 bezogen werden.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Sonntag, den 6. August 1933. 8. S. n. Trin.

Sonnabend 19.10 Uhr: in Zion Beichte und Abendmahl, Pastor Wilmanns.

Sonntag 8½ Uhr: Pastor Wilmanns; 9 Uhr: Pastor Kirschsieper; 10 Uhr: Pastor Bischoff; 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Montag 20¼ Uhr: in Gosen Gemeindebibelstunde.

Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Greve.

Reise
nicht ohne Photo-Apparat und Material
von
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Für die Einmachzeit



zum Einkochen von Obst und Gemüse empfehlen wir Ihnen unsere bewährten

Aluminium-Einmach-Kannen

Gleichzeitig bieten wir Ihnen, in unserer eigenen Werkstätte hergestellte **Korbwaren, Sessel und Liegestühle** an.

Tiberias-Werkstätten
Bethel bei Bielefeld



Nach Orten, wo noch nicht erhältlich, Nachnahmeversand zuzüglich Porto. Bezugsquellen, Muster und Prospekte kostenlos durch
Evers & Lange, Hamburg 11 A.
Der Tee ist zu Ladenpreisen auch bei „Ophir" vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld, und im Reformhaus zur Gesundheit C. Bitter Nachf., Bielefeld, Bahnhofstr. 2a, zu haben.

Möbel aller Art
gut und preiswert vom
Möbelhaus Heinz Klare
Bielefeld / Nur Obertorwall 3b (gegenüber dem Kriegerdenkmal)
Erleichterte Zahlungsbedingungen!

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Reiner
Lindenhonig
9Pfundbüchse Nachnahme 12 RM.
Buchin, Pastor, Neubrandenburg.

Stickerei Hübner ist verzogen nach Goldstraße 22
Nähe Klosterplatz
Auf Hohlsaum und Zickzack kann gewartet werden.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**
Freitag abend: Lautenchor im Heim.

— **Christlicher Verein junger Männer.**
Heute, Freitag, 8 Uhr in Gosen Jungvolk und Jungmännerkreis.

Sonntag, morgens 8½ Uhr in der Volkshalle gemeinsame Weißkreuzstunde mit Bundessekretär Schlenker.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts". Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.